



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

An die Medien

Dortmund

12.05.05

PRESSEMITTEILUNG

1. Flughafen

Zu der Befürchtung, Ausnahmegenehmigungen für Flüge während der WM führten zu einer Aufweichung der geltenden Begrenzungen für den Flugverkehr am Dortmunder Flughafen, stellen SPD und GRÜNE unmissverständlich fest: Die Betriebszeiten und Betriebsbedingungen bleiben unangetastet. Dies gilt in jedem Fall für die Dauer der Zusammenarbeit zwischen SPD und GRÜNEN in dieser Wahlperiode. Auf die wahrscheinlichen Ausnahmegenehmigungen für Flüge während der WM haben weder die Flughafenleitung noch der Rat Einfluss. Anträge werden von den Gesellschaften gestellt; die Genehmigung obliegt den zuständigen Behörden.

SPD und GRÜNE stellen aber klar, dass es sich bei den Regelungen während der WM um eine einmalige Situation handelt, die keineswegs in der Folge zu einer Lockerung der Betriebszeiten führen wird.

Dem Versuch des IHK-Chefs Reinhard Schulz, bei der Veranstaltung „Start frei“ am Nachtflugverbot zu rütteln, treten SPD und GRÜNE ebenfalls entschieden entgegen. Wenn es tatsächlich um die Interessen der Wirtschaft geht, sollte vielmehr für die Nutzung der vorhandenen Angebote durch Geschäftsreisende geworben und nicht dem Flughafen die kalte Schulter gezeigt werden. Schließlich wurde die Erweiterung des Flughafens in seinen Anfängen immer mit dem Geschäftsflugreiseverkehr begründet.

SPD und GRÜNEN wird es auch weiterhin darum gehen, die Nachtruhe für die AnwohnerInnen zu garantieren. 190 verspätete Landungen nach 22 Uhr im Jahr 2004 sind schon bedauerlich genug. Immerhin handelt es sich um 1,1 Prozent der Flugbewegungen insgesamt. Diesem Trend muss entgegengesteuert und nicht noch durch unsinnige Debatten Vorschub geleistet werden.



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

2. Sozialticket

Bezieher von Arbeitslosengeld II und von Sozialgeld sollen zukünftig ermäßigt Busse und Bahnen nutzen können. Das fordern die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag für die kommende Ratssitzung. Dazu soll der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR), ein so genanntes „Sozial-Ticket“ einführen, das ausschließlich von dieser Bevölkerungsgruppe erworben werden kann.

SPD und Grünen sehen die Notwendigkeit für das Sozialticket in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen. Hauptanliegen der Arbeitsmarktreform ist die Vermittlung von Arbeitslosen in Beschäftigung. Das setzt Mobilität voraus. Auch bei der Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten wird von AIG-II-Empfängern hohe Mobilität erwartet. Um diese zu gewährleisten, ist die Abgabe eines ermäßigten Sozial-Tickets notwendig. Das Sozial-Ticket steht außerdem in einer Reihe mit weiteren Vergünstigungen für AIG II-Bezieher, etwa die Befreiung von den Rundfunkgebühren und den Anspruch auf einen Sozialtarif bei der Deutschen Telekom.

Die Berliner Verkehrsbetriebe halten ein ähnlich ausgerichtetes „Berlin-Ticket S“ vor, das sich großer Nachfrage erfreut.

Das „Sozial-Ticket“ des VRR soll – analog dem Ticket 1000 - folgende Merkmale beinhalten: Gültigkeit im jeweiligen Stadtgebiet (ein oder zwei Tarifgebiete)- Nicht übertragbar- Möglichkeit der kostenlose Mitnahme von einem weiteren Erwachsenen und bis zu drei Kindern unter 15 Jahren montags bis freitags ab 19.00 h und an Wochenenden und Feiertagen ganztägig.

Das Sozial-Ticket soll nicht kostenlos, aber gegenüber dem Ticket 1000 preislich ermäßigt abgegeben werden. Die Einführung des Tickets soll keine direkten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben.